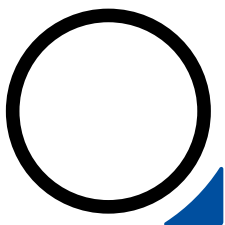
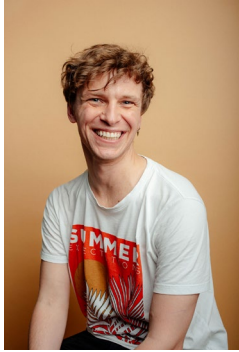
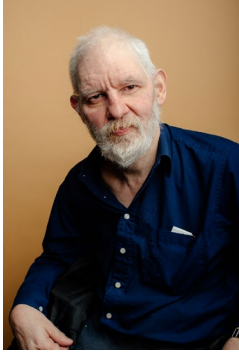
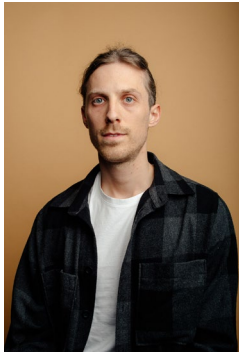


EMPFEHLUNGEN FÜR DIE BERLINER KLIMAPOLITIK



**BERLINER
KLIMA
BÜRGER:INNENRAT**

26.04. - 30.06.2022

DER KLIMABÜRGER:INNENRAT

Spätestens mit der Erklärung der Klimanotlage im Jahr 2019 hat das Land Berlin deutlich gemacht, dass dringendes Handeln notwendig ist, um das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten und die Berliner Klimaziele zu erreichen. Es ist klar, dass die dafür notwendigen Klimaschutzmaßnahmen die Stadtbevölkerung in ihrer Lebensweise stark betreffen werden. Die Einberufung des Klimabürger:innenrats hatte daher zum Ziel, zu erfahren, welche Maßnahmen die Berliner:innen bereit sind für den Klimaschutz mitzutragen – und wie diese gerecht und gemeinschaftsfähig ausgestaltet werden können.

Im Klimabürger:innenrat tagten dazu 100 zufällig ausgewählte Berliner Bürger:innen.

Acht Wochen lang berieten sie über die Themenfelder Mobilität, Energie und Gebäude. Dabei

standen den Teilnehmenden jeweils Themenpat:innen mit langjähriger wissenschaftlicher Expertise beratend zur Seite. Ein Moderationsteam ermöglichte eine ausgeglichene, ergebnisoffene Diskussion.

Am 18. Juni wurden die Empfehlungen per Mehrheit beschlossen und anschließend in einer öffentlichen Abschlussitzung am 30. Juni 2022 präsentiert und an Bettina Jarasch, Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, überreicht.

Ein finales Bürgergutachten wird im September 2022 veröffentlicht und dem neu eingerichteten, senatsübergreifenden Klimaausschuss überreicht, der über die Umsetzung der Empfehlungen beraten wird.

DIE MENSCHEN IM KLIMABÜRGER:INNENRAT

Geschlechtsidentität

Männlich: 50 %
Weiblich: 49 %
Divers: 1 %

Alterszusammensetzung

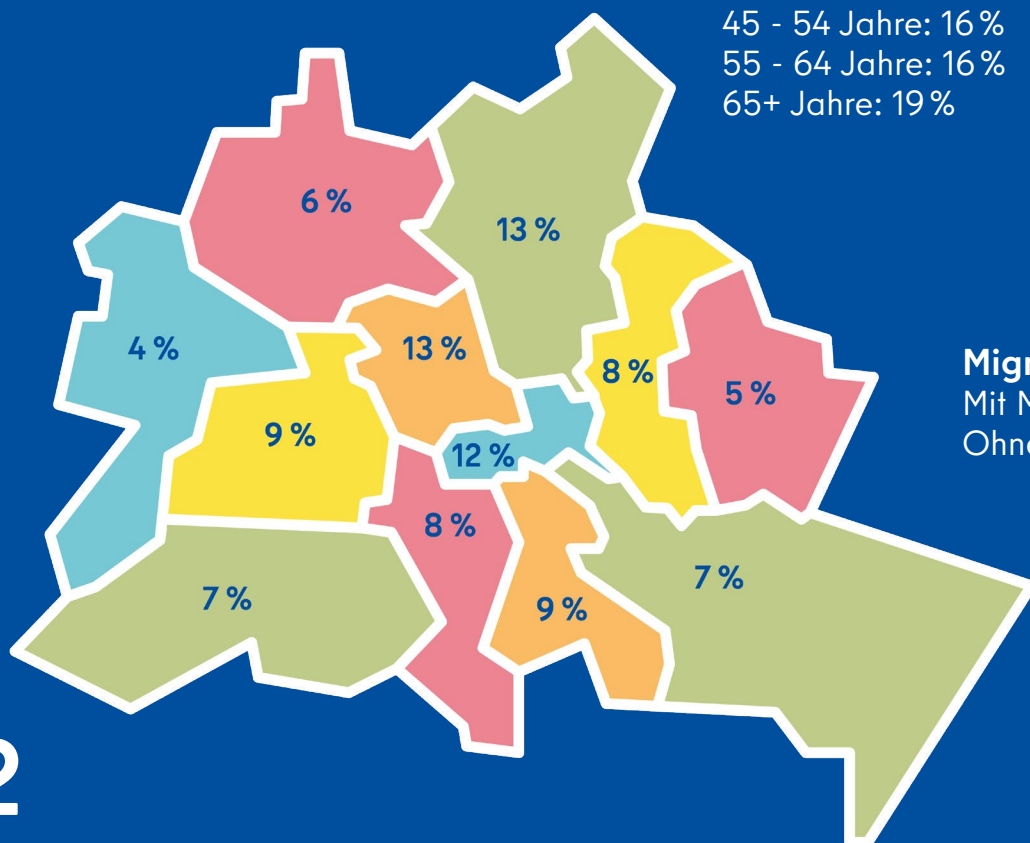
16 - 24 Jahre: 12 %
25 - 34 Jahre: 20 %
35 - 44 Jahre: 18 %
45 - 54 Jahre: 16 %
55 - 64 Jahre: 16 %
65+ Jahre: 19 %

Bildungsstand

Niedrig: 7 %
Mittel: 38 %
Hoch: 54 %

Migrationshintergrund

Mit Migrationshintergrund: 29 %
Ohne Migrationshintergrund: 71 %



LEITSÄTZE

1 Klimaschutz hat oberste Priorität.
Er muss zügig, entschlossen und
97% sozial gerecht umgesetzt werden.

2 Der Energie- und Ressourcenver-
brauch muss in allen Bereichen -
98% Staat, Wirtschaft und Gesellschaft -
reduziert werden.

3 Begleitend zu den Maßnahmen zu
Klimaschutz und Klimaanpassung sind
97% Beratung und Aufklärung notwendig.

4 Berlin muss neben Klimaschutz
auch Klimaanpassung zum Schutz
94% der Bevölkerung und Biodiversität
umsetzen.

HANDLUNGSFELD MOBILITÄT

Empfehlungen

M-1 Niedrige Ticketpreise

84% Wir empfehlen, die Ticketpreise für den ÖPNV dauerhaft niedrig zu halten und eine übersichtliche Preisgestaltung. Damit wird der ÖPNV bezahlbar und attraktiver für alle.

M-2 Benutzer:innenfreundliche Verknüpfung

95% verschiedener Verkehrsformen

Wir empfehlen den Ausbau benutzer:innenfreundlicher Verknüpfungen verschiedener Verkehrsformen. Dies beinhaltet verlässliche Mobilitätsstationen (sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, E-Bikes und Autos, Reparatur- und Ladestationen) an Knotenpunkten in ganz Berlin, auch in Außenbezirken zum Umstieg zwischen Verkehrsmitteln.

M-3 Attraktive Alternativen zum motorisierten

99% Individualverkehr durch ÖPNV-Ausbau

Wir empfehlen, attraktivere Alternativen zum motorisierten Individualverkehr (MIV) zu schaffen, durch den barrierefreien Ausbau des kompletten ÖPNV-Angebots in Berlin, insbesondere auch in den Zonen B und C. Dazu gehört prioritär:

- Eine schnellere Taktung
- Durchgängiger Nachtbetrieb (z.B. über Rufbusse und Sammeltaxen)
- Der Ausbau von Schnellbussen

M-4 Verhältnis von Bus, Auto und

86% Fahrrad im Straßenverkehr

Wir empfehlen einen Vorrang der Busse und der Fahrräder gegenüber dem Autoverkehr. Dazu gehört der zügige Ausbau von separaten Busspuren.

M-5 ÖPNV attraktiver machen

82% Wir empfehlen Sicherheit, Sauberkeit und Pünktlichkeit im ÖPNV zu verbessern. Die Sicherheit soll durch erhöhten Einsatz von Sicherheitspersonal ganztags gewährleistet werden.

M-6 Tempo 30

56% Wir empfehlen, die Anzahl der Tempo-30-Zonen zu erhöhen und sich im Bundesrat verstärkt für die Möglichkeit eines generellen Tempo-30-Limits einzusetzen.

M-7 Sicheres Radfahren

95% Radfahren in Berlin muss sicher werden. Daher empfehlen wir die schnelle Umsetzung des Mobilitätsgesetzes, den zügigen Ausbau und die Sanierung von Radwegen sowie den Bau von Radschnellwegen zu beschleunigen.

M-8 Abstellen von E-Scootern

93% Das Abstellen von E-Scootern muss besser reguliert werden, um das „Wildparken“ zu unterbinden und bspw. eine höhere Barrierefreiheit zu gewährleisten. Die Anbieterfirmen müssen für ordnungsgemäße Abstellmöglichkeiten sorgen.

M-9 Autofahren unattraktiver machen

69% Wir empfehlen, dass Autofahren unattraktiver und teurer werden soll – durch teurere Parkplätze, wobei es Ausnahmeregelungen für bestimmte Berufsgruppen und Anwohner:innen geben soll, sowie durch die Reduzierung von Parkplätzen zugunsten von Grünflächen oder klimafreundlichen Verkehrswegen. Ziel ist, dass in der Innenstadt grundsätzlich nicht mit dem Auto gefahren wird.

M-10 Mobilitätswende fördern

77% Wir empfehlen, zur Förderung der Mobilitätswende z.B. autofreie Tage einzuführen und dafür den ÖPNV kostenlos anzubieten. Die Politik muss dies durch Anreize und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit begleiten.

M-11 City-Maut

69% Das Land Berlin soll sich zur Erreichung seiner Klimaziele auf Bundesebene dafür einsetzen, die Einführung einer City-Maut zu prüfen.

M-12 A100

59% Das Land Berlin soll sich zur Erreichung seiner Klimaziele auf Bundesebene dafür einsetzen, die A100 nicht auszubauen.

M-13 Emissionsfreie Innenstadt bis 2030

62% Wir empfehlen die Umsetzung einer emissionsfreien Innenstadt bis 2030. Das sollte sofort angekündigt werden. Ab 2023 (spätestens 2025) sollten keine Verbrenner mehr neu angemeldet werden. Ab 2030 sollten keine Verbrenner mehr fahren dürfen – dies soll für innerhalb des S-Bahn-Rings gelten und ist auch für die Außenbezirke wünschenswert. Förderbedürftige Personen- und Berufsgruppen sollten durch finanzielle Zuschüsse beim Neukauf eines E-Autos unterstützt werden. Die Verkehrswende darf nicht dazu führen, dass (E-)Autofahren zum Privileg einkommensstarker Bevölkerungsschichten wird.

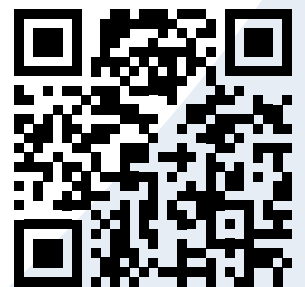
M-14 Ausbau Ladeinfrastruktur

89% Wir empfehlen den Ausbau der Ladeinfrastruktur (einschließlich der Vereinfachung der Genehmigungsverfahren) und des ÖPNV sowie eine Parkraumbewirtschaftung.

M-15 Reduzierung des Autoverkehrs

84% allgemein

Wir empfehlen, dass auch elektrischer MIV (motorisierter Individualverkehr) so gering wie möglich gehalten werden sollte und nicht dem Ausbau der Infrastruktur für den Umweltverbund (Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV) vorgezogen wird. Damit einhergehend fordern wir umfassende Aufklärung zum Ressourcenverbrauch und der sozialen und ökologischen Verträglichkeit der Produktion von E-Autos. Für den notwendigen Autoverkehr sollten E-Carsharing-Systeme berlinweit, insbesondere in den Außenbezirken, angeboten, ausgebaut und gefördert werden.



Mehr Informationen zum
Klimabürger:innenrat:

www.berlin.de/klimabuergerrinnenrat

HANDLUNGSFELD GEBÄUDE

Empfehlungen

G-1 Sanierung schnell umsetzen

87% Wir empfehlen, energetische Sanierungen schnellstmöglich umzusetzen. Dabei gilt es, die energetisch sanierungsbedürftigsten Gebäude zuerst anzugehen. Berlin möge sich beim Bund für eine Sanierungspflicht einsetzen.

G-2 Sozial gerechte Kostenverteilung

77% Wir empfehlen, dass bei der Frage, wer die Sanierungsmaßnahmen bezahlen soll, unterschieden wird zwischen kleineren Vermieter:innen und gewinnorientierten Unternehmen. Große gewinnorientierte Unternehmen sollten mehr Kosten tragen als kleinere Vermieter:innen. Wir empfehlen, Teile des Gewinns von profitorientierten Wohnungsunternehmen in einem gemeinsamen Pool abzuschöpfen und für die Sanierungen zu nutzen, damit kleine Vermieter:innen weniger Kosten tragen.

G-3 Schutz vor Mieterhöhungen

62% Wir empfehlen, dass Klimaschutzmaßnahmen sich nicht auf den Mietpreis auswirken dürfen und Mieter:innen über gleichbleibende oder sinkende Mieten geschützt werden.

G-4 Milieuschutz sozial verträglich

anpassen

Wir empfehlen, den Milieuschutz anzupassen, sodass energetische Sanierung im Interesse des Klimaschutzes möglich ist und Luxus-Sanierungen weiterhin verboten bleiben. Dennoch müssen soziale Härten abgefedert werden, z.B. durch eine Erhöhung des Wohngeldes und eine Erweiterung der Empfänger:innengruppen.

G-5 Beibehaltung von Grünflächen und Prävention von Versiegelung

84% Wir empfehlen, bestehende Grünflächen beizubehalten und neue Grünflächen in den Quartieren zu schaffen. Wenn eine Versiegelung an einer Stelle in Berlin vorgenommen wird, muss innerhalb des Bezirks adäquat entsiegelt werden (Ausgleichsgrünflächen).

G-6 Nutzung von Leerstand

83% Leerstehende, ungenutzte Gebäude sollen, weil sie bereits Flächen versiegeln, in Wohnraum und soziale Infrastruktur umfunktioniert werden.

G-7 Leerstandsregister für klimafreundliches Wohnen

75% Wir empfehlen ein öffentlich einsehbares, datenschutzkonformes Online-Register zu leerstehenden Bestandsgebäuden, leerstehenden Wohnungen und deren Besitzverhältnissen, um Spekulationen entgegenzuwirken und die Nutzung von bestehendem Wohnraum und den Neubau von klimafreundlichem Wohnraum zu optimieren. Es soll eine Eintragungs- und Offenlegungspflicht für Eigentümer:innen geben sowie eine Kontrollinstanz in der Verwaltung.

G-8 Verwendung nachwachsender Rohstoffe in Neubauten

71% Neue Gebäude sollten so weit wie möglich unter Verwendung nachwachsender Rohstoffe (z.B. Holz) gebaut werden.

G-9 Stadt der kurzen Wege

79% Wir fordern, dass Quartiere nach dem Konzept „Stadt der kurzen Wege“ geplant werden, damit lange Fahrtwege vermieden werden.

G-10 Verdichtung ohne Versiegelung

89% Um Grünflächenversiegelung in der Stadt zu vermeiden, empfehlen wir, dass der notwendige Neubau vorrangig anhand von Verdichtung durch Aufstockung auf Bestandsgebäuden stattfindet.

G-11 Solar- und Gründächerpflicht

92% Wir empfehlen, die Solar- und Gründächerpflicht schnellstmöglich umzusetzen und die Kombination von Solar- und Gründächern als Standardbauweise festzulegen. Wo es technisch möglich ist, soll dies auch nachträglich bei Bestandsbauten umgesetzt werden. Zudem sollte hierfür durch Förderanreize und Informationskampagnen geworben werden.

G-12 Wohnungstauschbörsen

84% Wir empfehlen, Wohnungstauschbörsen zu stärken und Mehrgenerationenhäuser zu fördern. Beim Umstieg von großen auf kleinere Wohnungen sollte kein finanzieller Nachteil entstehen.

G-13 Effiziente Wohnraumnutzung

69% Um den steigenden Flächenbedarf pro Person zu verringern, empfehlen wir, dass innerhalb von Kiezen und bei Neubauten innerhalb des Gebäudes verschiedene Wohnungstypen (z.B. Mehrgenerationswohnungen, Senioren-WGs, Wohnungen unterschiedlicher Größe) umgesetzt werden.



Foto: Robert Boden

Hat keine Mehrheit erhalten:

Wohneigentum für alle fördern (39%)

Wir empfehlen, dass Berliner:innen die Möglichkeit zum Besitz von Wohneigentum zur Selbstnutzung erhalten, um das Dilemma zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen bei der energetischen Sanierung aufzuheben.

HANDLUNGSFELD ENERGIE

Empfehlungen

En-1 Klimaschutz vor Denkmalschutz

88% Der Denkmalschutz muss zugunsten klimafreundlicher Sanierungen angepasst werden, um den Prozess der energetischen Sanierung zu erleichtern. Wo es dann zulässig ist, sollte die Anbringung von PV-Anlagen gesetzlich verpflichtend sein (bzw. alternative Klimaschutzmaßnahmen wie z.B. Dachbegrünung).

En-2 Klimafreundliche Energiegewinnung ohne Hürden

93% Wir empfehlen, rechtliche und bürokratische Hürden bei der finanziellen Beteiligung der Bürger:innen am Solarausbau abzubauen, damit der Ausbau klimafreundlicher Energiegewinnung beschleunigt wird. Dafür soll sich die Senatsverwaltung auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen.

En-3 Finanzielle Beteiligung der Bürger:innen an der Energiewende

73% Wir empfehlen, dass allen Berliner Bürger:innen Möglichkeiten zur finanziellen Beteiligung an PV-Anlagen angeboten werden, unabhängig von Einkommen und Vermögen. Dazu sollen u.a. Energiegenossenschaften und Bürgerenergieanlagen gefördert werden. Hauptträgerin der Energiewende sollte die öffentliche Hand sein.

En-4 Zeitlich abgestimmter, smarter Verbrauch erneuerbarer Energien

83% Wir empfehlen, über flexible Tarife und smarte Geräte eine möglichst ökonomische Synchronisation des Energieverbrauchs mit den vorhandenen erneuerbaren Energien, die in der Zeit zur Verfügung stehen, zu ermöglichen.

En-5 Unbürokratisch kleinere PV-Anlagen ermöglichen

86% Wir empfehlen, allen Bürger:innen unbürokratisch (kleinere) PV-Anlagen zu ermöglichen (bspw. Balkonanlagen). Das Land Berlin muss im landeseigenen Stromnetz die technischen Voraussetzungen hierfür schaffen.

En-6 Standortsspezifische, kommunale Wärmeplanung

93% Wir empfehlen die schnelle Umsetzung einer kommunalen Wärmeplanung. Dabei soll sofort mit einer Bestandsaufnahme begonnen werden. Für jeden Standort soll die beste (klimaneutrale und wirtschaftlichste) Lösung gefunden und transparent gemacht werden.

En-7 Sukzessiver Austausch von Gas- und Ölheizungen

83% Wir empfehlen ein Verbot von Gas- und Ölheizungen im Bestand. Dabei soll ein Stufensystem zum Einsatz kommen. Es sollte begonnen werden bei ohnehin anstehendem Heizungsaustausch. So schnell wie möglich, bis spätestens 2035 sollen alle Gas- und Ölheizungen ausgetauscht sein. Dies soll ein Anreiz für die Nutzung von klimaneutralen Wärmetechniken (Fernwärme, etc.) sein.

En-8 Stopp und Umlenkung der Fördermittel für Gasheizungen

94% Wir empfehlen den sofortigen Stopp der Förderung von Gasheizungen und Nutzung der frei werdenden Fördermittel für klimaneutrale Wärmetechniken.

En-9 Informative Wärme- und Heizkostenabrechnung

87%

Wir empfehlen, die Heizkosten- und Warmwasserabrechnung mit einem geeigneten Vergleichswert (Durchschnittswert vergleichbarer Haushalte) zu versehen sowie mit niedrigschwelligen Hinweisen zu einem kostenlosen Beratungsangebot über Einsparmöglichkeiten.

En-10 Ausbau grüner Fernwärme

93%

Wir empfehlen den Ausbau der Fernwärme, insbesondere der grünen (dort, wo es laut kommunaler Wärmeplanung sinnvoll ist), sowohl in der Erzeugung als auch im Ausbau des Netzes und der Anschlüsse (z.B. durch vereinfachte und beschleunigte Genehmigungsverfahren, geringere Anschlusspreise sowie durch die Entkopplung von Wärme und Warmwasser).

En-11 Fördermaßnahmen für Mehrfamilienhäuser beim Bund

88%

Wir empfehlen, dass Berlin sich beim Bund gemeinsam mit anderen Großstädten für eine Ausweitung der Fördermaßnahmen für Mehrfamilienhäuser einsetzt - speziell im Fall mehrerer Eigentümer:innen (nach Wohneigentumsgesetz), um klimaneutrale Wärmeversorgung und Solarstromausbau zu stärken.

En-12 Fachkräftemangel entgegenwirken

92%

Wir empfehlen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, indem in vorhandenen Ausbildungen und Studiengängen ein stärkerer Fokus auf die Themen klimaneutrale Wärme- und Solarstromausbau gelegt wird.



HANDLUNGSFELD KONSUM

Empfehlungen

K-1 Information und Aufklärung

92% Wir empfehlen eine stärkere Verantwortung für die Aufklärung und Sensibilisierung für klimafreundliches Konsumverhalten (z.B. bei den Themen Fleischkonsum, Flugreisen, Wohnung und Textilien).

K-2 Bildungsarbeit

96% Wir empfehlen den Ausbau von Bildungsarbeit zur Kreislaufwirtschaft in Bildungseinrichtungen (schulisch, außerschulisch und auch an Hochschulen). Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen die Elemente der Zero-Waste-Strategie kennen. Dazu gehört auch das Wissen zu den Materialien.

K-3 Lebensmittelverschwendung

98% Wir empfehlen, die Lebensmittelverschwendung aktiv zu bekämpfen und bestehende Initiativen zu stärken. Eine gesetzliche Regelung diesbezüglich ist wünschenswert. Außerdem soll ein System der Preisreduzierung für Lebensmittel eingeführt werden, bei dem Lebensmittel, deren MHD sich dem Verfallsdatum nähert, vergünstigt verkauft werden sollen.

K-4 Pionierhaftes Berlin

72% Wir empfehlen, dass öffentliche Berliner Einrichtungen pionierhaft nur sozial-faire sowie regionale, biologisch ökologische Produkte nutzen.

K-5 Zero Waste

95% Wir empfehlen, dass Berlin seine Zero-Waste-Strategie im Sinne der Kreislaufwirtschaft entschlossen umsetzt und ambitioniert ausbaut. Unsere Kernpunkte sind:

- Förderung von Verkaufsflächen für unverpackte Waren
- Anreize zur Reduktion von Verpackungen im Handel und in der Gastronomie
- Erweiterung von Pfandsystemen
- Verlängerung der Lebensdauer von Produkten (z.B. Elektrogeräte)
- Förderung und Erleichterung von Reparaturen
- Vermeidung von Retouren und gegebenenfalls Verwertung der zurückgeschickten Waren
- Vereinfachung von Recycling, z.B. durch verpflichtende Kennzeichnung der Hersteller

HANDLUNGSFELD GRÜNFLÄCHEN

Empfehlungen

Gr-1 Entsiegelung voranbringen

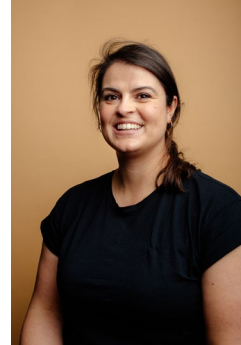
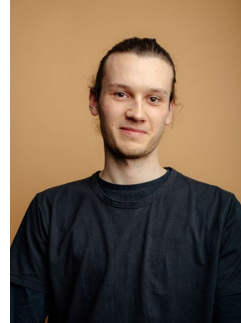
98% Das Land Berlin soll seinen Baumbestand stärker schützen und Vorreiter sein bei der Dachbegrünung und Entsiegelung von öffentlichen Flächen.

Gr-2 Pflege öffentlicher Grünflächen

88% Wir empfehlen, dass die Stadt mehr Personal für die Pflege öffentlicher Grünflächen zur Verfügung stellt. Anreize zur Ausbildung des Personals sollen gesetzt werden. Zudem sollen Anreize der Bürgerbeteiligung verstärkt werden.



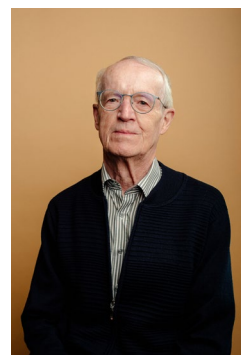
Foto: Manoel Eisenbacher



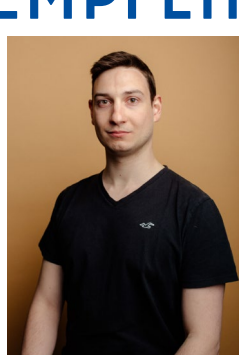
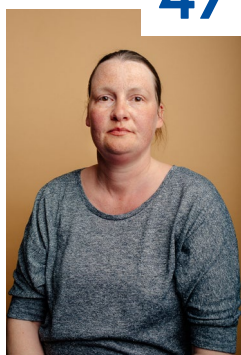
100 MENSCHEN



4 LEITSÄTZE



47 EMPFEHLUNGEN



Entstanden im Dialog mit Expert:innen und Wissenschaftler:innen.
Einberufen von der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität,
Verbraucher- und Klimaschutz.



Der Klimabürger:innenrat wurde durchgeführt von:



Porträts: Manoel Eisenbacher